Vertrag zwischen
CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
im Rhein-Erft-Kreis
über eine Koalition
zur nachhaltigen Entwicklung
des Rhein-Erft-Kreises
für die Wahlperiode 2020 – 2025

## Inhalt

Präambel	3
Nachhaltige Wirtschaft, Umwelt und Regionale Entwicklung	4
Schule, Bildung, Sport und Kultur	8
Gesundheit	. 11
Soziales	. 12
Verwaltung und Personal	. 13
Finanzen	. 14
Verkehr	. 15
Sicherheit und Ordnung	. 19
Arbeitsweise der Koalition	. 20

#### Präambel

Wir möchten auch in der neuen Wahlperiode die Zusammenarbeit von CDU, GRÜNEN und FDP im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises fortsetzen.

Auf der Grundlage dieses Koalitionsvertrages werden wir programmatische Politik gestalten. Ziel ist, das Bewährte zu erhalten, Neuerungen, da wo nötig und möglich, zu forcieren, und dabei die Sicherung der finanziellen Gestaltungsfreiheit für einen nachhaltigen Strukturwandel für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis nicht zu vernachlässigen.

Wir wollen gemeinsam die Politik im Kreis gestalten. Das ist der eindeutige Auftrag der Wählerinnen und Wähler aus der Kreistagswahl im September 2020. Wir werden vertrauensvoll und
einvernehmlich zusammenarbeiten. Trotzdem ist uns bewusst, dass es zwischen den Partnern
unterschiedliche Positionen gibt. Aber gerade diese Kooperation ohne Zwänge hat in den vergangenen Jahren die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Koalition geprägt. Heute ist
sie die starke Grundlage für diese Koalitionsvereinbarung und die zukünftige erfolgreiche Zusammenarbeit im Rhein-Erft-Kreistag für diese Wahlperiode.

Im Rhein-Erft-Kreis stehen Bürgerschaft, Wirtschaft, Verbände und Vereine sowie die Städte vor enormen Herausforderungen. Der Strukturwandel verlangt besondere Anstrengungen und das Mittun aller relevanten Kräfte.

Die aktuelle Pandemie ist in ihren Auswirkungen noch nicht überschaubar, verlangt von uns allen ein permanentes und angemessenes Reagieren und Nachverfolgen der Infektionsketten, um die erhofften Ziele zu erreichen. Unsere stets gemeinsam gepflegte, erfolgsorientierte Politik wird ihre Fortsetzung finden und bietet die Chance zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen.

Wir sind finanziell gut aufgestellt und haben damit für die neuen Anforderungen eine gesunde wirtschaftliche Grundlage.

Das Rheinische Braunkohlerevier steht am Anfang eines tiefen Transformationsprozesses. Der von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung vorgelegte Plan zum Ausstieg aus der Braunkohle muss in Zusammenarbeit mit dem Bund, dem Land NRW und der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) erfolgreich und zeitnah umgesetzt werden.

Hierzu werden wir die notwendigen Einzelschritte einleiten und ständig weiterentwickeln.

Damit alle Aufgaben bestmöglich erledigt werden können, braucht es ausreichend qualifiziertes Personal. Um effizientes Arbeiten voranzutreiben stellen wir hierfür die notwendigen Ressourcen sowohl personell als auch materiell zur Verfügung. Bei den zu besetzenden Stellen wird auf die Gleichstellung von Frauen, Männern und Diversen sowie auf Inklusion geachtet.

### Nachhaltige Wirtschaft, Umwelt und Regionale Entwicklung

Ziel ist der Erhalt und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die der bisherigen Beschäftigung in Zahl und Qualitätsniveau entsprechen. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf dabei nicht vernachlässigt werden. Ökonomie und Ökologie schließen einander nicht aus und sind in Zeiten des Klimawandels neu zu denken. Wir wollen als Rhein-Erft-Kreis gemeinsam mit Bund und Land daran arbeiten, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um die Ziele des Weltklimaabkommens von Paris zu erreichen. Der Branchenmix in unserem Wirtschaftsraum ist auszubauen. Wir fordern die Kommunikation und enge Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen im Rhein-Erft-Kreis und Wirtschaft, Handel und Handwerk.

Kein Tagebaumitarbeiter darf ins Bergfreie fallen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Tagebauen und Kraftwerken gibt es umfangreiche Initiativen von Bund und Land. Wir wollen aber auch die betroffenen Zulieferer aus Mittelstand und Handwerk bei der Entwicklung neuer Unternehmensideen und Geschäftsfelder unterstützen. So können regelmäßige Projektbörsen mit Unternehmern und Gründern sowie Wissenschaftlern und Kommunen Türen für einen besseren Zugang zu Projekten in wichtigen Zukunftsfeldern öffnen.

An den Kraftwerksstandorten sollen Kraftwerke der Zukunft entwickelt werden, insbesondere unter dem Aspekt der Energiespeicherung. Auch für weitere moderne Technologien wie Wasserstoff-Elektrolyse, mehr Photovoltaik auf kreiseigenen Flächen und Gebäuden, ein intelligentes regionales Energiemanagement und die allgemeine Forschung sehen wir große Potenziale, deren Hebung wir fördern wollen. Der Rhein-Erft-Kreis will den Einsatz von Photovoltaik im Kreis deutlich steigern. Wir wollen mit Partnern und Investoren eine möglichst umfassende Nutzung aller infrage kommenden Dachflächen der kreiseigenen Gebäude für Photovoltaikanlagen zugänglich machen. Dazu soll zeitnah in einem Pilotprojekt eine kreiseigene Frei- oder Parkplatzfläche mit einer großen PV-Anlage ausgestattet werden. Außerdem prüfen wir ein Förderprogramm für die private Installation von Photovoltaikanlagen oder alternativer Dachbegrünung. Windkraft- und Solarenergiepotenziale sollen konsequent ausgebaut und die so gewonnene Energie gespeichert werden. Daher wollen wir gemeinsam mit den Kommunen eine Potenzialstudie für Erneuerbare Energien erarbeiten, in Anlehnung an das kreisweite Gewerbeflächenentwicklungskonzept, um so finanzielle und ressourcensparende Synergien zu heben. Hier bietet sich an, überschüssige Energie in (second-life-)Batterien, Wärmespeicher (store-topower) oder Gas zu speichern (power-to-gas) oder für die Wärmeproduktion mittels Elektrodenkessel zu nutzen (power-to-heat). Dazu wollen wir gemeinsam mit der ansässigen Industrie im Kreis geeignete Maßnahmen auf den Weg bringen.

Um die Entscheidungen in den Gremien der Zukunftsagentur Rheinisches Revier transparent zu gestalten, ist die Beteiligung der betroffenen Kommunen und der Gesellschaft weiterhin erforderlich. Förderprojekte sind vorrangig in den direkt von Strukturwandel betroffenen Kommunen umzusetzen. Flächenrecycling und eine nachhaltige ÖPNV-, Struktur- und Förderpolitik sind für uns handlungsleitend.

Wir streben einen in öffentlichem Eigentum stehenden Verbund der zu erhaltenden und zu entwickelnden bewaldeten Flächen von der Ville bis nach Merzenich als neuen Bürgewald an.

Der Rhein-Erft-Kreis strebt an, einen in öffentlichem Eigentum stehenden Verbund der Bürgewälder zu erhalten und zu entwickeln.

Im Rhein-Erft-Kreis vorhandene Kompetenzen sollen gezielt gestärkt und in die Innovationsfähigkeit investiert werden. Die Energiewirtschaft, energieintensive Industrien, sowie die Bereiche Ressourceneffizienz und Mobilität werden dabei technologieoffen die wirtschaftlichen Schwerpunkte bilden. Diesen Prozess entwickeln wir dynamisch mit den hunderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und setzen auch auf die sogenannten weichen Standortfaktoren wie Kultur und Sport. Die von der Koalition erfolgreich auf den Weg gebrachte Standort- und Zukunftsstudie "Reload" gilt es weiter verstärkt umzusetzen.

Unser Ziel ist, dass alle kreiseigenen Einrichtungen bis zum Anfang der 2030er Jahre eine echte Klimaneutralität erreichen. Zukünftig soll im Rhein-Erft-Kreis deshalb mehr Strom durch erneuerbare Energien produziert und unmittelbar genutzt werden. Ziel der Bioenergieregion Rhein-Erft ist die Nutzung unserer eigenen Energie für alternative Antriebsformen. Mit der Beteiligung am European Energy Award erschließen wir dazu weitere Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz. Zwar liegt die Entscheidungshoheit bei der Genehmigung von Windenergieanlagen mit Mindestabstand zur Wohnbebauung von 1.000 Metern bei den Kommunen, doch kann der Kreis eine interkommunale Abstimmung moderieren. Der Kreis wird Klimaschutz als wichtigste neue Aufgabe unserer Zeit vorantreiben und die notwendigen Stellen schaffen. Für mehr Klimaschutz werden wir dabei auch im Rahmen der europäischen Aktivitäten mit den Partnerkreisen werben.

Wir setzen uns für ein nachhaltiges Reise-, Freizeit-, Event- und Kulturangebot im Rhein-Erft-Kreis ein: z.B. Wanderwege, Reitwege, Museen, Burgen und Freizeiteinrichtungen. Es ist ein Wachstumsfeld für den Tourismus von Kerpen bis Wesseling, von Elsdorf bis Brühl.

Die regionale Landwirtschaft auf den ausgewiesen guten Böden und die Herstellung qualitativ hochwertiger und zunehmend ökologisch hergestellter Lebensmittel sind Schlüsselbereiche im Rhein-Erft-Kreis. Zukünftig wollen wir regionale Initiativen im Kreisgebiet bei anstehenden Förderprojekten der Bundes- oder Landesebene unterstützen, um so die regionale Landwirtschaft zu stärken. Gemeinsam mit den Landwirten, der Landwirtschaftskammer und der weiterhin auch finanziell abzusichernden Biologischen Station im Friesheimer Busch wird darauf hingearbeitet, neben dem Vertragsnaturschutz weitere Maßnahmen und Projekte zum Natur- und Artenschutz und zur Wiederansiedlung bedrohter heimischer Arten im Kreisgebiet zu etablieren. Dabei sind standortgerechte Pflanzen und entsprechendes Saatgut zu verwenden. Mit der Freiraumstrategie unterstützen wir den Ausbau von Grünkorridoren. Ein Ernährungsrat führt Verbraucherinnen und Verbraucher, landwirtschaftliche Erzeugerinnen und Erzeuger sowie die Vermarkter in der Region an einen Tisch.

Mit den Programmen "Aufforstung/Lückenschluss Wald", dem Ackerrandstreifenprogramm und dem Kulturlandschaftsprogramm fördern wir nachhaltige und flächige Aufforstungen, die Anlage von Streuobstwiesen und den Schutz von vom Aussterben bedrohter Ackerwildpflanzen. Wir werden dazu auch Haushaltsmittel für den Kauf zusätzlicher Flächen zur Verfügung stellen. Die Waldqualität ist durch klimaangepasste und standortgerechte Mischkulturen zu verbessern, Waldschäden sind durch Anpflanzungen auszugleichen.

Wir sichern mit einem Managementplan die Pflege der 45 Naturschutzgebiete im Rhein-Erft-Kreis und werden weitere Naturschutzgebiete ausweisen, sofern die Voraussetzungen dafür vorliegen. Wir unterstützen die Arbeit der Biologischen Station Bonn-Rhein-Erft. Gebiete und Station sind für den Insektenschutz unverzichtbar. Für den Landschaftsbereich am Peringsmaar und die Bedburger Teiche wird ein dauerhaft tragfähiges Schutzkonzept entwickelt.

Mit dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept auf der Grundlage des zurzeit in Überarbeitung befindlichen Regionalplans unterstützen wir in Zusammenarbeit mit der WfG und in enger Abstimmung mit den Kommunen, unter anderem im "Stadt Umland Netzwerk", die Ansiedlung von Unternehmen an Rhein und Erft. Wir sehen in interkommunalen Gewerbegebieten ein Instrument, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Vorrangig sind Baulücken zu schließen und Altflächen in Anspruch zu nehmen. Gebäude sollen weitgehend energieeffizient werden und Solaranlagen nutzen. Neue Gebäude sollen stets den höchsten vorgeschriebenen Standards entsprechen. In den Quartieren sollen hocheffiziente Energielösungen mit den örtlichen Stadtwerken und Versorgern entwickelt und festgesetzt werden.

Start-ups sollen im Rhein-Erft-Kreis ihre unternehmerische Heimat finden. Wir werden sie in Kooperation mit der WfG und den Kommunen auch in den weiteren Entwicklungsphasen unterstützen.

Schnelle Netze sind für die umfassende Digitalisierung von Handel und Verwaltung, Bildung, Landwirtschaft und Produktion unabdingbar. Wir fördern den schnelleren Breitbandausbau. Spätestens 2025 muss Glasfaser bis in die Wohnung (FTTB/H) Standard sein. Lücken in der Mobilfunkversorgung sind zeitnah zu beheben und der 5G-Ausbau schnellstmöglich voranzutreiben. Wir wollen dafür durch gezieltes Verwaltungshandeln Fördermittel zeitnah und zielgerichtet erschließen.

Wir setzen die Untersuchung über weitere Potenziale der Digitalisierung in der Kreisverwaltung um. Wir unterstützen die Digitalisierung beispielsweise in Gewerbe, Bildung, Landwirtschaft (smart farming).

Von der Bezirksregierung erwarten wir auch im Zusammenhang der Braunkohletagebaue die Einhaltung der Luftreinhaltepläne engmaschig zu überwachen, die Deponieplanung aufgrund des geringeren Bedarfs an Aschedeponien zu überarbeiten und im Braunkohleplan hinsichtlich der Brachflächennutzung für nachwachsende sowie nichtenergetische Rohstoffe, zum Beispiel Kies, die von den Tagebauen betroffenen Kommunen zu verschonen und nur dort, wo tatsächlich nötig, auszuweisen.

Der Rhein-Erft-Kreis stimmt sich mit Erftverband und Kommunen über die Frage der Einführung der vierten Reinigungsstufe in den Klärwerken und ihrer Technik ab und wirkt darauf hin, eine Pilotanlage zu errichten. Dabei sollen unterschiedliche Reinigungstechniken – zum Beispiel auch dezentrale Pflanzenkläranlagen oder die Nutzung der Vergärungsgase – bewertet werden.

In den kreiseigenen Gebäuden werden Grauwasser-Konzepte in sinnvollem Maße umgesetzt, um vorgeklärtes Brauchwasser einer erneuten Nutzung für die Abwassertechnik und Bewässerung von Außenanlagen zuzuführen.

Die Kreisverwaltung wirkt gegenüber den Kommunen darauf hin, dass Niederschlagswasser möglichst ortsnah versickert wird. Dieser Vorrang ist im Landeswassergesetz vorgeschrieben. Für Neubaugebiete ist die Regenwasserrückhaltung und -nutzung auch als Vorsorge gegen Überschwemmungen vorzusehen. Versiegelte Flächen werden dort, wo es sinnvoll ist, grundsätzlich für die Versickerung nachgerüstet und Dachflächen dort begrünt, wo Solaranlagen wenig Ertrag bringen.

Der Kreis setzt sich in Zusammenarbeit mit dem Erftverband für den guten ökologischen Zustand sowie die Durchgängigkeit heimischer Fließgewässer im Sinne der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie ein. Gemeinsam mit dem Erftverband wird die Erft weiter renaturiert. Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung wird ein "Wassertisch" mit allen Beteiligten inkl. den Trinkwasserversorgern eingerichtet.

Der Rhein-Erft-Kreis verhält sich bei der Verpachtung der kreiseigenen Flächen vorbildlich hinsichtlich der Reduzierung des Einsatzes von Glyphosat. Wir werden unsere Politik unter Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere auch in diesem Bereich fortlaufend evaluieren und anpassen.

Über eine einheitliche Infoseite aller Industrieunternehmen im Kreis wollen wir dafür sorgen, dass Informationen für die Öffentlichkeit über Störfälle und Gefahrenpotenziale bereitgestellt werden. Vorliegende, von staatlichen Stellen erhobene Messwerte, sollen für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises auffindbar und übersichtlich auf der Internetseite der Kreisverwaltung dargestellt oder verlinkt werden.

Der Naturpark Rheinland betreibt in Zusammenarbeit mit dem Kreis und dem Erftverband mit großem Erfolg als Ort der Umweltbildung das Naturschutzzentrum Gymnicher Mühle. Perspektivisch soll der Naturpark seine Aktivitäten im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) entlang der Erft ausweiten, so dass von Süd nach Nord die Bildung für nachhaltige Entwicklung möglichst vielen Kommunen zu Verfügung steht. In Bedburg soll an den ehemaligen Klärteichen der Zuckerfabrik ein außerschulischer Lernort entstehen.

Über das Abfallwirtschaftskonzept setzen wir im Sinne einer Kreislaufwirtschaft die Einführung der Wertstofftonne unter anderem für alle Kunststoff- und Verpackungsabfälle durch. Die Biotonne soll für alle Grünabfälle und die Nahrungsreste vor und nach dem Kochtopf genutzt werden. Durch Vergärung soll möglichst viel Energie aus dem Bioabfall gewonnen werden. Deshalb sollen die Abfallberatung in allen Städten verstärkt und Anreizsysteme zur Trennung eingeführt werden.

Der Rhein-Erft-Kreis reduziert durch weitere Digitalisierung seinen Papierverbrauch, verzichtet bei Veranstaltungen auf Einweggeschirr und setzt bei Beschaffungen konsequent nachhaltige, ökologische, wirtschaftliche und soziale Standards um.

Der Rhein-Erft-Kreis setzt sich für eine gemeinsame Machbarkeitsstudie zu Pumpspeicherkraftwerken unterschiedlicher Art mit den relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Industrie und Forschung ein.

Das Energie-Kompetenz-Zentrum (EkoZet) in Kerpen-Horrem wirkt aktiv mit an der Gestaltung der energetischen Zukunft für beste Energieeffizienz und den Ausbau der regenerativen Energien im Kreis und in den Kommunen. Zur Erreichung der Ziele hin zu einer zukunftsfähigen Umsetzung eines gelingenden Strukturwandels im Rheinischen Revier leistet das Energie-Kompetenz-Zentrum weiterhin seinen konstruktiven Beitrag und kooperiert hierzu mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, der Industrie und dem Handwerk. Es geht im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel auch um den Ausbau der Schulungsmaßnahmen und die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung und Bürgerbeteiligung. Dies soll in Kooperation mit dem zukünftig entstehenden Bildungszentrum geschehen.

### Schule, Bildung, Sport und Kultur

Für eine nachhaltige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung brauchen wir sehr gut ausgebildete junge Menschen. Das besondere Engagement der letzten Jahre für die sieben Förderschulen und fünf Berufskollegs wird ungebrochen fortgesetzt. Wir legen hohe Maßstäbe an die Ausstattung unserer Schulen und möchten den Weg in eine sehr gute digitale Zukunft ebnen.

Der Rhein-Erft-Kreis ist Schulträger von Förderschulen mit zwei verschiedenen Förderschwerpunkten. Der Teilneubau der Maria-Montessori-Schule in Brühl ist beauftragt. Die Koalition wird darauf achten, dass die hohen Gebäudestandards auch eingehalten werden. Vor allem die notwendige Vorbereitung für die Lebens- und Arbeitswelt für junge Menschen mit einem Förderbedarf werden zukünftig noch eine höhere Bedeutung erlangen. Die Renovierung der beiden Lehrschwimmbecken wird zeitnah im Rahmen der Gebäudeinstandhaltung angegangen.

Die fünf Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung sind gebundene Ganztagsschulen. Vor allem in den unterrichtsfreien Zeiten fehlen den Eltern und Erziehungsberechtigten verlässliche Betreuungs- und Freizeitangebote. Diese Betreuung werden wir gemeinsam mit Trägervereinen verbessern.

Bei den beiden Schulen mit dem Förderbedarf Sprache unterstützen die Koalitionsfraktionen jede Art der Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden Schulen und den Ausbau des offenen Ganztages. Jede Schülerin und jeder Schüler dieser Schulen soll eine verlässliche, qualitativ gute Betreuung erhalten. Mögliche Kooperationen zwischen unseren Sprachförderschulen und den örtlichen Musikschulen, um projekthaft das Musizieren, Tanzen und Singen zu fördern, werden auch finanziell unterstützt.

Auch zukünftig werden unsere Förderschulen von der Schulsozialarbeit bedarfsgerecht unterstützt.

Die Koalitionsfraktionen möchten dem Elternwillen entsprechend weiterhin die Förderschulen im Rhein-Erft-Kreis vorhalten und auch weiterentwickeln. Parallel muss die inklusive Beschulung an allgemeinbildenden Schulen auf kommunaler Ebene intensiv begleitet werden. Für eine gelingende Inklusion in den Regelschulen bedarf es weiterer landesweiter Unterstützung vor allem finanziell, sowie personell. Die Kooperation der Förderschulen mit den allgemeinbilden-

den Schulen vor Ort und den Vereinen soll gefördert werden. Hierzu wird ein schulischer Inklusionsrat (sIR) auf Kreisebene eingerichtet.

Der Rhein-Erft-Kreis ist ebenfalls Träger von Berufskollegs. Auch die Berufskollegs sind in einem guten baulichen Zustand. Der erforderliche zweite Bauabschnitt für das Berufskolleg Bergheim wird schnellstmöglich mit höchstem energetischem Standard errichtet. Für die weitere Entwicklung der Berufskollegs wird der Schulentwicklungsplan unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse des Strukturwandels und der zunehmenden Digitalisierung fortgeschrieben. Die Entwicklung neuer Ausbildungsgänge in Zusammenarbeit mit Handwerk und Industrie wird positiv begleitet. Alle Berufskolleg-Standorte müssen aus dem Kreisgebiet mit dem ÖPNV in zumutbarer Fahrzeit erreichbar sein.

Eine zielgerichtete Digitalisierung der Schulen des Rhein-Erft-Kreises steht für die Koalition ganz vorne. Glasfaseranschluss und IT-Support sowie die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten sind auch als Voraussetzung für das Lernen auf Distanz erforderlich. Die mit dem Schulträger gemeinsam zu entwickelnden Medienkonzepte der Schulen sind Grundlage für eine zukünftige digitale Entwicklung unserer Schulen. Innovative Lehrmittel und didaktische Methoden müssen gefördert werden. Die Finanzierung ist über den Digitalpakt des Bundes und die zusätzlichen Landesmittel grundsätzlich gesichert. Die Kreisverwaltung soll die Möglichkeit erhalten, die Mittel zeitnah abzurufen.

In einem Bildungszentrum sollen kreisweit alle Bildungseinrichtungen und -projekte vernetzt werden. In diesem Bildungszentrum sollen junge Menschen eine schulbegleitende Beratung erhalten, um den schulischen Erfolg individueller zu gestalten. Beginnend mit der Einrichtung eines Bildungsbüros soll dieses "Haus der Bildung" in den nächsten Jahren entwickelt werden. Dieses Bildungszentrum wird ein wichtiger Bestandteil im Strukturwandel sein, um alle jungen Menschen die beste Bildung und Ausbildung zukommen zu lassen. Das Bildungszentrum stärkt die duale Ausbildung und soll in Kooperation mit unseren Berufskollegs die Facharbeiterinnen und Facharbeiter der Zukunft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Unter anderen werden auch die Programme für den Übergang von Schule zum Beruf "Komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft" und "Kein Abschluss ohne Anschluss" weitergeführt und hier koordiniert.

Das Hoch-Begabten-Zentrum Rheinland (HBZ) ist fester Bestandteil des örtlichen Bildungsangebotes. Durch das HBZ werden die besonderen Talente, Fähigkeiten und Hochbegabungen der Kinder unserer Region gehoben und gefördert.

Die sehr gute Arbeit des Sozialpädiatrischen Zentrums Heinrich-Meng-Institut (SPZ/HMI) wird weiter unterstützt. Es ist spezialisiert auf die frühe Untersuchung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf. Für den Erfolg der Beratung ist die anschließende Begleitung durch Schulsozialarbeit wichtig.

Der Rhein-Erft-Kreis baut eine Schule für Kranke auf, damit länger erkrankte Kinder und Jugendliche während ihrer Erkrankung weiter beschult werden können. Inwiefern diese als Teilstandort einer vorhandenen Förderschule oder als eigene Schule das Lehren und Lernen ermöglichen kann, obliegt den weiteren Planungen. Jedes Kind im Rhein-Erft-Kreis erhält die bestmöglichste Förderung und eine sehr gute schulische Ausbildung in den Schulen, in denen der Kreis die Ver-

antwortung trägt. Dies schafft die Grundvoraussetzung für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben der jungen Menschen.

Das Kommunale Integrationszentrum Rhein-Erft-Kreis unterstützt und koordiniert Kommunen und Schulen bei der Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Koalitionsfraktionen legen Wert auf eine aktive und gelingende Integration. Eine mit den Migrantenorganisationen und den in der Migrationsarbeit tätigen Initiativen im Kreis organisierte Interkulturelle Woche kann ein wichtiger Beitrag zur Verständigung sein, indem wir zum Beispiel auch Räume für Feste und Feiern vorsehen.

Wir wollen die Kultur im Kreis stärken. Die Förderung der freien Kunst-, Theater- und Musikszene im Rhein-Erft-Kreis soll fortgesetzt und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die populäre Musikszene im Kreis erhält weiterhin Fördermittel. Der Kulturpreis und die Kulturtage des Kreises werden als überregionales Kulturprojekt etabliert und gegebenenfalls fortentwickelt.

Die Koalitionsfraktionen bekräftigen für den Rhein-Erft-Kreis das Interesse an der Errichtung eines Braunkohlemuseums in Zusammenarbeit mit dem Bergbautreibenden und dem Landschaftsverband Rheinland. Die Industriegeschichte der Braunkohle soll mit all ihren Aspekten museal und digital aufbereitet werden und als Regionalgeschichte auch im Rahmen eines Museums oder Freigeländes erhalten bleiben.

Schon in der letzten Wahlperiode war der Koalition die projekthafte Förderung von geschichtlichen Themen sehr wichtig. Weiterhin unterstützen die Fraktionen aktiv die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes. Die Erinnerungsorte müssen auch den nachfolgenden Generationen als Mahnung erhalten bleiben. Darüber hinaus gilt es weitere geschichtliche Epochen wie zum Beispiel. das Jüdische Leben im Rhein-Erft-Kreis oder die Kolonialzeit zu beleuchten und Konsequenzen aus der Aufarbeitung zu ziehen.

Unsere jungen Menschen wachsen in unserer parlamentarischen Demokratie auf. Allzu häufig fehlen den jungen Menschen ein offener Zugang und das Wissen über die Arbeit in den Räten und Parlamenten. Um jungen Menschen hier einen tieferen Einblick in die Arbeit der Kreisverwaltung und der Kreispolitik zu geben, werden ein Besuchsprogramm und Informationsmaterial für und über die Arbeit im Kreishaus des Rhein-Erft-Kreises erstellt. Dieses Angebot soll allen Schulen im Rhein-Erft-Kreis zur Verfügung gestellt werden. Eine finanzielle Unterstützung für die Fahrtkosten bedarf einer weiteren Prüfung.

Der Sport ist wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Er bedarf einer großen Unterstützung, da hier gesundheitliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte ineinanderfließen. Aus diesem Grund unterstützt die Koalition die Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund (KSB), dessen Einsatz für den Breitensport, für die Vernetzung der Angebote insbesondere der gesundheitlichen Prävention vor dem demografischen Wandel. Auch in der Inklusion und Migration leistet der KSB einen großen Beitrag.

Der Kreis unterstützt sportliche Großereignisse im Rhein-Erft-Kreis und eine eventuelle Bewerbung für eine Rhein-Ruhr-Olympiade 2032. Olympische Spiele werden heutzutage vor allem auch im Sinne der Nachhaltigkeit und Akzeptanz vor Ort geplant.

Der Rhein-Erft-Kreis steht den Volkshochschulen als Partner unterstützend zur Seite, um Erwachsenen ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Der Rhein-Erft-Kreis kooperiert ebenso mit den Hochschulen und Fort- und Weiterbildungseinrichtungen im Kreisgebiet.

#### Gesundheit

Die Corona-Pandemie macht deutlich, wie wichtig belastbare Strukturen im Gesundheits-/Rettungswesen und in der Pflege sind.

Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam auf ein solch stabiles Netzwerk mit vielen Partnern in unserem Kreisgebiet hingearbeitet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, Ärzte, Sanitätskräfte, Pflegerinnen und Pfleger, die Kräfte aus Feuerwehren, Polizei und Bundeswehr sowie viele weitere dienstbereite Unterstützungskräfte im Landhaben in den vergangenen Monaten erhebliche Belastungen tragen müssen. Sie leisten verlässlich ihren Beitrag zur Bekämpfung der Pandemiefolgen. Bei allen, die in dieser Krise einen besonderen Beitrag für die Menschen erbringen, bedanken wir uns. Die Kreisverwaltung und unsere Mehrheit im Kreistag werden weiterhin mit allen Kräften guten Willens das uns Mögliche zur Prävention, Versorgung und Vorbeugung gegen die aktuelle Pandemie leisten.

Aus dieser Erfahrung möchte die Koalition ein interkommunales Krisenzentrum etablieren, welches sich den Herausforderungen bei Pandemien und Gefahren in Zukunft gemeinsam in Kooperation mit anderen Kreisen stellt.

Wir setzen auf die Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser und deren zukunftsfeste Weiterentwicklung.

In jeder Kommune des Kreises sollen alle Generationen die Ärztin oder den Arzt ihres Vertrauens sowie eine Apotheke vor Ort finden. Unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WfG) wird bei der Praxisgründung oder bei Praxisübernahmen junge Medizinerinnen und Mediziner unterstützen. Gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung werden wir uns in Teilen des Kreises, wo es notwendig erscheint, um Kooperationen oder neuartige Praxismodelle kümmern.

Wir werden uns verstärkt der besseren Kooperation auch im Bereich der somatischen, psychischen und psychosomatischen Versorgung von jungen und alten Menschen annehmen. Hierbei ist unser Sozialpädiatrisches Zentrum eine Einrichtung für junge Menschen.

Für werdende Familien kümmern wir uns um die Einrichtung von Hebammenambulanzen.

Mit allen Kräften wollen wir die Einrichtung einer geriatrischen Reha-Klinik im Kreisgebiet bei potenziellen Trägern und den Leistungsträgern vorantreiben.

Sucht und Drogenkranke werden auch in den nächsten Jahren verlässliche Hilfsangebote in unserem Heimatraum finden können. Verstärkt werden wir uns mit Fachdiensten der Prävention und Therapie bei Alkoholismus, Medikamentenabhängigkeit und Spielsucht annehmen. Wir

nehmen uns insbesondere Kinder und Jugendlicher an, die medienabhängig (Internet, soziale Netzwerke, Computerspiele, Mobiltelefon) sind.

Die gute Arbeit unserer Hospize werden wir in geeigneter Weise weiterhin begleiten.

Für die verlässliche und umfängliche Ausbildung in den nicht ärztlichen Gesundheitsberufen leisten wir mit unseren Berufskollegs und auch dem Neubau des zweiten Bauabschnitts am Berufskolleg Bergheim wertvolle Grundlagenarbeit.

Unser Gesundheitsamt soll in den kommenden Jahren durch zusätzliche Fachkräfte verstärkt werden.

Wir wollen ähnlich unserer früheren Impfkampagnen ein umfängliches Impfangebot für Kinder in Tagesstätten anbieten.

Mit dem Landrat und unserer Verwaltung werden wir alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zur Verbesserung von medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Angeboten nutzen.

#### **Soziales**

Wir werden mit unseren Kooperationspartnern zeitnah und kompetent auf die neuen Herausforderungen dieses Jahrzehnts reagieren. Die verlässliche Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, sozialen Vereinen und anderen Leistungserbringern im Sozialbereich bleibt stabil. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen wollen wir ein stabiles und engmaschiges soziales Sicherungsnetz auf kommunaler Ebene vorhalten.

Wir sorgen für Planungssicherheit. Wir passen Arbeitsschwerpunkte bedarfsgerecht an. Wir treffen auch weiterhin mehrjährige stabile Vereinbarungen.

Dies gilt für Frühförderprogramme, Frauen-/Mädchenberatung, die Schuldenberatung, die Energieberatung und den gesamten Integrationssektor.

Die Sozialraumplanung mit Schwerpunkten für Junge und Alte wird quartiersbezogen mit den Kommunen fortgesetzt.

Wir wollen, dass unsere ältere Generation möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden in ihrem vertrauten Quartier leben kann. Grundsätzlich aber wollen wir auch eine pflegerische Versorgung außerhalb der eigenen vier Wände für die Menschen im Kreis sicherstellen. Dem Thema Demenz haben wir uns frühzeitig angenommen. Alle zwei Jahre wollen wir in der Demenzwoche über alles rund um die Krankheit informieren. Wir schulen weiterhin ehrenamtliche Demenzhelferinnen und Demenzhelfer als niederschwelliges Angebot für Angehörige und Betroffene. Unsere Bemühungen zur Einrichtung einer Musterwohnung zur Veranschaulichung von Alltags- und Wohnhilfen setzen wir fort.

Wir wollen mehr alternative Wohnformen für ältere Menschen. Senioren werden durch aufsuchende Beratung gestärkt. Träger werden wir ermuntern, sowohl Betreutes Wohnen als auch Seniorenwohngemeinschaften mit Serviceleistungen verstärkt zu realisieren. Auch Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sollen die Möglichkeit erhalten, in Wohngemeinschaften zu leben.

Bei all unseren Entscheidungen werden die Interessen von Menschen mit einer Behinderung mitbedacht. Wir wollen ihre Teilhabe auch durch bauliche, soziale und organisatorische Maßnahmen ermöglichen. Spezielle Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigung werden berücksichtigt. Integrationsbetriebe stellen für uns die bessere Alternative zu herkömmlichen Werkstätten dar. Inklusion ist eine Anforderung an alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Dem stellen wir uns umfassend, auch mit dem Arbeitskreis Inklusion.

Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das kommunale Integrationszentrum wird dabei die gesamte Palette der Hilfsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene nutzen.

Das Frauenhaus erhält weiterhin die stabile Finanzierung. Wir wollen prüfen, ob weitere Hilfen in der Übergangsphase beim Verlassen des Frauenhauses notwendig sind, bzw. die Notwendigkeit für ein weiteres Frauenhaus besteht.

Der Verhütungsmittelfonds findet seine Fortsetzung.

Verkraftbare Mieten gehören zu den Grundbedürfnissen der menschlichen Existenz. Wo immer möglich, werden wir auf günstige Mieten hinwirken. Als Leistungsträger erstatten wir die erforderlichen Mieten.

Sofern sich eine Gelegenheit zur Übernahme des Jobcenters in rein kommunale Trägerschaft ergibt, werden wir diese nutzen.

### **Verwaltung und Personal**

Eine effiziente, dienstleistungsorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung hat für alle Akteure im Kreis eine große Bedeutung. Bürokratieabbau wird gerade im Kontext mit Digitalisierung als permanente Aufgabe begriffen.

Die Kreisverwaltung ist als untere staatliche Einheit und als kommunale Gebietskörperschaft für ein breites Aufgabenspektrum zuständig.

Über 1.000 Frauen und Männer sind in Teil- und Vollzeitbeschäftigung für die Menschen im Kreis tätig.

Eine transparente Personalwirtschaft, die verlässliche Nachwuchsförderung, eine vorausschauende Personalentwicklung, tarifgerechte Bezahlung und die engagierte Frauenförderung zeichnen die Personalpolitik der Koalition auch weiterhin aus.

Berufliche Qualifikation, Ausbildung, Befähigung und Leistung, nicht Herkunft und Abstammung entscheiden bei Stellenbesetzungen. Unsere Stellenausschreibungen sind offen für alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe und ihrer sexuellen Orientierung.

Die Verwaltung wird bedarfsgerecht mit Personal ausgestattet. Wir werden in den kommenden Jahren wieder ein Quereinsteigerprogramm zur Gewinnung der besten Köpfe aufsetzen und acht bis zehn Fachkräfte für technische, medizinische und akademische Berufe einstellen.

Mit einem zusätzlichen Dezernat für Regionale Entwicklung stellen wir uns den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte durch den Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung.

In vielfältiger Weise müssen sich unser Kreis und unsere Verwaltung dem Aufbau neuer Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze zuwenden. Den sich hieraus ändernden Anforderungen in den Bereichen Infrastruktur, Umwelt, Kreisplanung und dergleichen tragen wir Rechnung.

Das in diesem Zusammenhang notwendige zusätzliche Fachpersonal stellen wir ein.

CDU, GRÜNE und FDP achten mit dem Landrat und der Verwaltungsleitung darauf, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen und extremistische Aktivitäten keine Chance haben.

Wir bauen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am Geschehen im Kreis und in der Kreisverwaltung in Form von Vorschlägen, Anregungen usw. aus. Wir prüfen die Einführung einer Rhein-Erft-App. Wir schaffen eine Digitale Servicestelle (möglichst mit der Möglichkeit von Videokonferenzen) und erweitern die Einsatzmöglichkeiten für den elektronischen Personalausweis. Dabei muss jederzeit die notwendige Datensicherheit gewährleistet sein. Wir werden bei den Internetauftritten unserer Verwaltung dafür Sorge tragen, dass auch Informationen in leichter Sprache zur Verfügung stehen.

Die nichtöffentlichen Teile der Sitzungen von Kreistag und Ausschüssen reduzieren wir auf das vorgeschriebene Minimum.

Für uns ist die enge Zusammenarbeit mit den weiteren Kommunalverwaltungen im Kreis, den Landes- und Bundesbehörden, sowie mit unseren Partnerkommunen in Polen und Frankreich selbstverständlich.

#### Finanzen

Unsere Frauen und Männer im Kreistag sind sich der Besonderheiten der neuen Wahlperiode bewusst: Pandemie, Klimawandel, Arbeitsplatzsicherung, Energiewende, Integration, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, soziale Sicherung sind nur die markantesten Aufgabenfelder. Konzepte, Fachleute und Finanzenwerden über unsere erfolgreiche Arbeit mitentscheiden.

Unsere solide Finanzwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte zahlt sich nun aus. Der Kreis war und ist auch unter schwierigen Umständen handlungsfähig.

Wir sind schuldenfrei, dabei wollen wir bleiben, und haben für die steigenden Pensionslasten unserer Beamtinnen und Beamten Vorsorge getroffen.

Wir streben auch für die nächsten Jahre weiterhin eine möglichst niedrige Kreisumlage an.

In dem bevorstehenden Transformationsprozess werden wir sowohl die Gesellschaft als auch Handwerk, Handel und Industrie mit einbeziehen. Unsere WfG soll dabei eine Verzahnung zwischen Behörden und Unternehmen bewerkstelligen.

Vorantreiben werden wir im Bereich der Finanzwirtschaft alle Möglichkeiten zur Optimierung von Prozessen und Abläufen durch Digitalisierung.

Die Finanz- und Ausgabenpolitik des Kreises werden wir weiterhin verantwortungsvoll gestalten.

Bei Ausgaben achten wir darauf, die zukünftigen Generationen nicht über Gebühr zu belasten; andererseits werden wir aber auch die notwendigen Ausgaben tätigen, damit der Wohlstand und eine lebendige Natur für die kommenden Generationen erhalten und ausgebaut werden kann.

Da, wo wir Einfluss auf die Gestaltung von Gebühren haben, werden wir sie möglichst geringhalten. Wichtig sind dabei bspw. mehr Wettbewerb unter den Dienstleistern und der Einsatz neuer Technologien.

Infrastrukturprojekte werden wir wirtschaftlich durchführen, nach den neuesten innovativen und ökologischen Standards umsetzen und dabei Kostenexplosionen vermeiden, indem in Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) gebaut wird, wenn deren Wirtschaftlichkeit geprüft worden ist.

Jegliche Möglichkeit zu einer wirtschaftlicheren Aufgabenerledigung in der interkommunalen Zusammenarbeit werden wir nutzen.

Mit den uns zur Verfügung stehenden Finanzmitteln wollen und werden wir die gute Aufgabenerledigung unserer Verwaltung sicherstellen und verlässlicher Partner für Unternehmen, Organisationen und Menschen im Kreis sein.

#### Verkehr

Der schnelle und prioritäre Ausbau eines klimafreundlichen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Mobilitätsnetzes im Rhein-Erft-Kreis gewährleistet dauerhaft eine verlässlich gute Erreichbarkeit mit Bahn, Regional- bzw. Schnellbus oder dem Fahrrad bzw. Pedelec. Damit leistet der Rhein-Erft-Kreis auch auf dem Gebiet der Mobilitätspolitik seinen Beitrag zu einer erfolgreiche Klimapolitik. Der Rhein-Erft-Kreis wird in seiner Zuständigkeit dafür sorgen, dass die gute Infrastruktur von Schiene, Straße und Rad- und Fußwegen gesichert wird und so die Mobilität für alle Verkehrsträger erhalten bleibt, auch für das noch immer meistgenutzte Fortbewegungsmittel: das Auto.

Um dem Gelingen der Verkehrswende und des Klimaschutzes gerecht zu werden, stellt sich der Rhein-Erft-Kreis den Anforderungen an neue lokal emissionsfreie Antriebstechniken im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Ob dies durch Brennstoffzellen, batterieelektrisch oder andere Technologien erfolgt, wird technologieoffen geprüft. Der für die Brennstoffzelle erforderliche Wasserstoff ist dauerhaft nur als grüner Wasserstoff aus der mit regenerativem Strom betriebenen Elektrolyse nachhaltig. Dies gilt auch für batterieelektrische Fahrzeuge: auch sie sind nur mit regenerativem Strom wirkungsvoll.

Wir sind der Überzeugung, dass die Mobilitätswende nur durch Digitalisierung, Effizienzsteigerung und Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel gelingt. Zur Verbesserung des ÖPNV streben wir mit der nächsten Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) eine Angebotsausweitung der Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft (REVG) durch eine Verdichtung von Bustakten und weitere Regional- und Schnellbuslinien an, auch grenzüberschreitend in die angrenzende Stadt Köln und andere Kreise. Wir wollen durch eine Digitalisierung (On-Demand-System) das AST zu einem Flexiblen Anruf-Sammel-Taxi (FAST) ausbauen und damit auch nachts und am Wochenende ein Angebot aufrechterhalten.

Mehr Rad- und Fußwege sowie aufeinander abgestimmte Angebote sollen dazu beitragen, CO<sub>2</sub> einzusparen. Der Radverkehr gewinnt insbesondere auch durch das Pedelec erheblich an Bedeutung. Der Rhein-Erft-Kreis wird auch weiterhin Mittel für Maßnahmen zur Grunderneuerung von Kreisstraßen und Radwegen zur Verfügung stellen. Schadhafte Radwege werden zeitnah repariert. Entspricht die Qualität nicht den Vorgaben, wird die Benutzungspflicht aufgehoben. Dazu wird in Abstimmung mit anderen Straßenbaulastträgern eine Radweg-Melde-App eingerichtet oder eine entsprechende Funktion in der Rhein-Erft-App ergänzt. Wir werden weiterhin an der Konzeption eines kreisweiten bzw. regionalen Netzes schneller Radverkehrsverbindungen arbeiten. Das Radwege-Knotenpunktsystem wird wie alle Radwege konsequent ausgeschildert und gepflegt. Der Erftradweg wird zügig zu einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung ausgebaut. Die von Köln ausgehenden Radialverbindungen werden als RadPendlerRouten über Wesseling oder Brühl nach Bonn, über Hürth und Erftstadt nach Euskirchen, über Frechen und Kerpen nach Düren, über Brauweiler und Niederaußem nach Bergheim und über Pulheim und Stommeln nach Rommerskirchen geführt. Eine weitere RadPendlerRoute soll von Rodenkirchen über Rondorf, Hürth und Frechen nach Weiden-West führen.

Die REVG realisiert ein modernes App-gestütztes Kundendialogsystem, das Echtzeitinformationen für jede Haltestelle liefert und die entsprechenden Daten aus dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) und DB-System integriert. Dazu sind kreisweit die dynamischen Fahrgastinformationssysteme auszubauen.

Ein einfacher und günstiger Tarif ist Voraussetzung für die Nutzung des ÖPNV und damit elementar für die Verkehrswende. Im VRS und im Dialog mit dem Land werden wir das Tarifsystem weiterentwickeln. Dazu gehört der zügige Aufbau eines flächendeckenden Check-In-/Check-Out-Systems, also eines Tarifs, der die reine Luftlinienentfernung zwischen Einstiegs- und Ausstiegshaltestelle berechnet und zurzeit beim VRS im Rahmen eines Großversuchs erfolgreich getestet wird. Es sollen aber zusätzlich Flatrate-Tickets (wie Job- oder Schüler-Tickets) auf bis-

her nicht berücksichtigte andere Fahrgastgruppen ausgedehnt und On-Demand-Verkehre ausgebaut werden.

Wir setzen uns für die Projektierung von Stadtbahnlinien ein und wollen zunächst Machbarkeitsstudien erstellen, und zwar für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 oder 4 über Brauweiler, Dansweiler, Glessen bis Ober- und Niederaußem, für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7, die Verlängerung der Linie 18, sowie die Verlängerung der Linie 17 über Wesseling nach Brühl. Im Rahmen des Strukturwandels sind die Bahnstrecken des Bergbautreibenden zu sichern und auch für den ÖPNV nutzbar zu machen. Wir werden bei allen Linienverlängerungen auf eine konsequente Umweltverträglichkeit und frühzeitige Einbindung der AnwohnerInnen achten.

Wir fordern und unterstützen beim Aufgabenträger Nahverkehr Rheinland nach Kräften den Ausbau des Kölner S-Bahn-Netzes mit den Strecken von Köln über Pulheim nach Mönchengladbach, von Köln über Horrem nach Bergheim und Bedburg, von Köln über Hürth-Kalscheuren und Erftstadt nach Euskirchen und von Köln über Hürth-Kalscheuren und Brühl nach Bonn. Wir fordern den zweigleisigen Ausbau der S-Bahn-Strecke von Horrem über Sindorf nach Kerpen-Buir mit Einrichtung eines weiteren Haltpunktes Kerpen-West. Wir unterstützen Planungen zur Verlängerung der künftigen Erft-S-Bahn über Grevenbroich nach Düsseldorf und Überlegungen für eine Schienenverbindung von Bedburg in Richtung Jülich.

Mobilität ist ein essenzieller Bestandteil für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb setzen wir uns weiter für Barrierefreiheit besonders im ÖPNV ein. Seniorenverbände und Interessenvertreter der Menschen mit Behinderungen werden an Entscheidungen der Verkehrspolitik des Kreises beteiligt. Der Inklusionsplan befindet sich auch hinsichtlich seiner Aussagen zur Mobilität in der Umsetzung. Leitbild ist der seniorengerechte und barrierefreie Kreis.

Der Kreis richtet nach europäischem Standard und ergänzt durch die kommunalen Mobilitätspläne ein regionales Mobilitätsmanagement ein, um zu einer den Verkehrsarten des Umweltverbundes angemessenen Aufteilung des Verkehrsraumes beizutragen. Dazu dient das integrierte Kreisverkehrskonzept REMOVE, das mit den Nachbarkommunen Köln, Dormagen und Rommerskirchen abgestimmt wird.

Das bahnhofsnahe Campus-Gelände in Erftstadt-Liblar soll so errichtet werden, dass es einen umweltschonenden Mobilitätsmix ermöglicht. Untersucht werden soll im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes, ob Möglichkeiten gegeben sind, Fahrradstraßen um das Campus-Gelände herum anzulegen.

Die kommunalen Kinderunfallkommissionen und die Verkehrsunfallkommission des Rhein-Erft-Kreises gehen dem Unfallgeschehen im Kreis konsequent nach. Ihre Empfehlungen werden in Abstimmung mit den zuständigen Baulastträgern zeitnah umgesetzt. Maßstab ist die "Vision Zero" (null Verkehrstote, Halbierung der Zahl der Verletzten).

Die Fußwege an Kreisstraßen sind konsequent barrierefrei und sicher auszugestalten, wozu taktile Elemente, akustische Signale, innerorts eine ausreichende Beleuchtung, stufenfreie Gestaltung der Querungsstellen, die sichere Gestaltung der Fußgängerüberwege und die Ausweisung von Zielen gehören.

Die verkehrsbedingten Lärmemissionen werden inner- und außerorts regelmäßig gemessen und Maßnahmen vorbereitet, damit die Lärmobergrenzen eingehalten werden.

Um den Radverkehr sicher zu gestalten, ist ein konsequenter Ausbau der Radinfrastruktur erforderlich. Die neuesten verkehrssicherheitstechnischen Erkenntnisse setzen wir kontinuierlich zum Schutz der Radfahrerinnen und Radfahrer und weiteren Mobilitätsteilnehmerinnen und teilnehmer gemeinsam mit den Städten um. Im Verlauf ausgewiesener Radrouten sind Kreuzungen und Querungen baulich barrierefrei und sicher auszugestalten.

Über den Nahverkehr Rheinland unterstützt der Rhein-Erft-Kreis die Errichtung von Mobilstationen an den Schnittpunkten des und den Zugangspunkten zum ÖPNV. Dabei lassen wir uns vom Zukunftsnetzwerk MOBILITÄT NRW über die möglichen Elemente wie Radstationen, E-Bike und E-Car-Ladestationen, Car-Sharing, Zweirad-Sharing, Taxistand, Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen, etc. beraten.

Der Rhein-Erft-Kreis wird seine Sozialräume für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dem Rad pendeln, modernisieren und ggf. erweitern, um so Vorbild im Rhein-Erft-Kreis zu sein. Weiterhin wird geprüft, ob Anreize für Radpendler in der Verwaltung möglich sind.

Fahrradzählstellen messen die Zahl von Radbewegungen an hochfrequentierten Stellen im Kreisgebiet. Hierüber wird dem Ausschuss regelmäßig berichtet.

Die Kreisverwaltung stellt sich als Vorbild für ein klimaschonendes betriebliches Mobilitätsmanagement auf. Wir werden ein durch die Belegschaft der Kreisverwaltung gewünschtes Jobticket sehr zügig umsetzen.

Der ÖPNV wird intensiv beworben, um neue Fahrgäste zu gewinnen. Diese Ansprache kann über eine Ausweitung von Flatrate-Tickets auf bisher nicht berücksichtigte, andere Fahrgastgruppen erfolgen.

In den REVG-Gremien wird geprüft, neben den vorhandenen Fahrgastcentern in Bergheim und Frechen auch in den anderen Städten des Kreises eine Anlaufstelle für Ticketverkauf und Mobilitätsberatung einzurichten.

Die Koalition wird sich im Nahverkehr Rheinland (NVR) für eine regionale Schienentrassenuntersuchung einsetzen, um eine Bestandsaufnahme aller ehemaligen und aktuellen Bahntrassen hinsichtlich der Frage vorzunehmen, ob und wie sie in ein künftiges Schienensystem zu integrieren sind. Dazu zählen auch ehemalige Bahntrassen, Betriebsbahnen und das HGK-Netz.

Busbeschleunigungsmaßnahmen und der weitere Ausbau von P&R-Anlagen sind im Nahverkehrsplan darzustellen.

Wir unterstützen den NVR in seinem Engagement bei Fragen des Güterschienenverkehrs einschließlich der Betriebsbahn-Infrastruktur.

Die Clean-Vehicle-Richtlinie der EU wird auch von der REVG umgesetzt.

### Sicherheit und Ordnung

Die Sicherheit der Menschen im Rhein-Erft-Kreis ist Grundvoraussetzung für ein gesellschaftliches Miteinander. Wir setzen uns dafür ein, dass ein hohes Maß an Sicherheit durch die zuständigen Behörden gewährleistet wird. Hierzu gehört neben der Bekämpfung von allgemeiner Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten auch die Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen im Straßenverkehr.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Einsatzreaktionszeiten von Polizei-, Feuerwehr- und Sanitätskräften den modernen Sicherheitsanforderungen entsprechen.

Der Rhein-Erft-Kreis soll als zuständige Behörde des Katastrophenschutzes auf Grundlage des derzeitigen Forschungsstandes effektive Reaktions- und Abwehrpläne mit den zuständigen Sicherheits- und Rettungsbehörden erarbeiten und diese in das geplante Krisenstabzentrum einbringen.

Ziel ist es, das subjektive Sicherheitsempfinden gemeinsam und in Kooperation mit der Kreispolizeibehörde und den kommunalen Ordnungsdiensten zu erhöhen und die Prävention, die Zivilcourage und den Opferschutz zu stärken.

Den jährlich zu vergebenden Preis für Zivilcourage wollen wir fortführen.

Der Erhalt der Polizeiwachen im Rhein-Erft-Kreis muss gewährleistet sein, um vor Ort präsent zu sein.

Die Koalitionsfraktionen setzen sich für eine deutliche Stärkung der Ordnungspartnerschaften ein. Eine bessere Kommunikation zwischen Ordnungsämtern und Polizeibehörden muss systemisch angegangen werden. Dazu gehören auch die Nutzung des Digitalfunks und die Vernetzung der kommunalen Ordnungsbehörden mit der Kreisleitstelle.

Die Sicherheit im ÖPNV soll erhöht sowie Angst- und Gefährdungsräume vermieden werden. Dabei setzen wir im Wesentlichen auf Sicherheitspersonal.

Die Sicherheitsmesse soll weitergeführt und ggf. im Bereich Digitale Sicherheit ausgebaut werden.

Die Koalitionsfraktionen werden ihren Einsatz zum Schutz sexualisierter Gewalt intensivieren, besonders zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

#### Arbeitsweise der Koalition

Zur wirksamen Umsetzung dieses Vertrages finden jeweils zeitnah vor den Kreisausschusssitzungen Koalitionsgespräche statt. Die Gesprächsteilnehmer bestehen aus den Fraktions- und Parteivorsitzenden. Weitere Teilnehmer werden im gegenseitigen Einvernehmen eingeladen. Federführung für die Einladung zum Koalitionsgespräch liegt jeweils bei den Haushaltsberatungen bei der FDP, vor dem dann übernächsten Kreisausschuss bei den GRÜNEN und in allen weiteren Fällen bei der CDU; in einem Jahr ohne Haushaltsberatung gilt die Abfolge des Vorjahres. In jedem Sitzungsblock des Kreistages (KA/KT) wird eine enge Abstimmung zur Verwaltung gesucht.

Die Koalitionsarbeitsgruppen, die analog zu den Fachausschüssen gebildet werden, treffen sich jeweils zum Jahresanfang zu einer Klausurtagung um ein Jahresprogramm zu erarbeiten. Dieses wir den Fraktionen im Anschluss vorgestellt und im Koalitionsausschuss beraten.

Abweichend von diesem Vertrag können aus gegebenem Anlass weitere Vereinbarungen getroffen werden.

Bergheim, den 02.11.2020

Frank Rock Vorsitzender CDU Rhein-Erft Ralph Bombis MdL Vorsitzender FDP Rhein-Erft Rüdiger Warnecke Vorsitzende GRÜNE Rhein-Erft

Willi Zylajew Vorsitzender CDU-Kreistagsfraktion Christian Pohlmann Vorsitzender FDP-Kreistagsfraktion Elmar Gillet Vorsitzender GRÜNE-Kreistagsfraktion